



Wie viel bringt eine Vermögenssteuer? Neue Aufkommensschätzungen für Österreich¹

1.	Einleitung	146
2.	Datengrundlage	147
3.	Schätzung von privaten Vermögenswerten	152
4.	Verteilungsstatistik auf Basis der angepassten Daten	155
5.	Aufkommenspotenzial einer allgemeinen Vermögenssteuer	157
6.	Resümee	160

Auszug aus WISO 1/2018



Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften Volksgartenstraße 40 A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@isw-linz.at Internet: www.isw-linz.at

Benjamin Ferschli

JKU Linz, Forschungsinstitut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft

Jakob Kapeller

Bernhard Schütz

beide JKU Linz, Forschungsinstitut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft und Institut für Volkswirtschaftslehre

Rafael Wildauer

University of Greenwich, Department of International Business and Economics and Greenwich Political Economy Research Centre

145

1. Einleitung

Mit Beginn der globalen Finanzkrise erlebte die Vermögenssteuer im politischen Diskurs eine teilweise Renaissance. Spanien und Island führten eine solche Steuer von Neuem ein und der Anteil der OECD-Länder mit Vermögenssteuern ging erstmals seit Mitte der 1990er Jahre wieder nach oben (OECD Revenue Statistics 2017). Mittlerweile, so scheint es, ist dieser kriseninduzierte Elan abgeklungen. Dies scheint insofern bedenklich, als sich länderübergreifend zeigt, dass der Besitz von Vermögen in der Nachkriegszeit noch nie so konzentriert war wie heute (Piketty 2014) und Steuern auf Vermögen im internationalen Vergleich nach wie vor nur einen sehr kleinen Teil zum Gesamtsteueraufkommen beisteuern (OECD-Durchschnitt 2017: 5,6%).²

Potenziale einer Besteuerung von Vermögen

Auf gesellschaftspolitischer Ebene können mit einer Vermögenssteuer zumindest dreierlei Zwecke verfolgt werden: (1) Zum einen sorgt sie dafür, dass hohe Vermögen durch die vorgenommene Besteuerung langsamer wachsen (bzw. im Extremfall sogar sinken). Damit schafft sie ein effektives Gegengewicht zu bestehenden Konzentrationstendenzen, welche dadurch entstehen, dass große Vermögensbestände meist mit hohen (Kapital-)Einkommen einhergehen (Rigney 2010, Piketty 2014) - ein Zusammenhang, der noch durch weitere Mechanismen sozialer Reproduktion verstärkt werden kann (Bourdieu 1983). Dies ist deshalb von Relevanz, weil gerade die jüngere Forschung vor allem die negativen Effekte zunehmender Ungleichverteilung von Vermögenswerten betont (siehe Guttmann/ Plihon 2010, Stiglitz 2012, Piketty 2014). (2) Damit einhergehend eröffnen Vermögenssteuern eine alternative Finanzierungsquelle für den Staat. Vermögenssteuern können einen wertvollen Beitrag dazu leisten, wenn es darum geht, Arbeitseinkommen steuerlich zu entlasten oder den steigenden Aufwendungsbedarf im Sozialsystem zu finanzieren. (3) Schließlich geht von Vermögenssteuern der nützliche Nebeneffekt aus, dass sie Daten zu Vermögensbeständen und deren Konzentration in vielen Fällen erst verfügbar machen. Existieren keine vermögensbezogenen Steuern (wie im österreichischen Fall), so sind WissenschafterInnen auf Umfragedaten angewiesen. Diese haben, neben dem großen Vorteil, dass zusätzlich zum Vermögen eine Vielzahl weiterer Haushaltscharakteristika erhoben werden, auch gewisse Nachteile gegenüber Steuerdaten, auf die in dem vorliegenden Beitrag noch genauer einzugehen sein wird. Fundiertes Wissen über den Bestand und die Verteilung von Vermögen ist dabei nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht interessant, es schafft auch die Grundlage für einen qualifizierten gesellschaftlichen Diskurs über Machtverteilung und Chancengleichheit.

Ziel dieses Beitrages ist es, den zweiten der oben genannten Aspekte – das Aufkommen einer Vermögenssteuer für Österreich – näher zu beleuchten.3 Hierfür greifen wir auf Daten des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) zurück, die von der Österreichischen Nationalbank in Kooperation mit der Europäischen Zentralbank erhoben wurden. Befragungsdaten haben gegenüber Steuerdaten den Nachteil, dass es bei der Erhebung üblicherweise zu zwei Formen der Verzerrung kommt: Zum einen sind Vermögen in der Regel so stark konzentriert, dass es unwahrscheinlich ist, genügend reiche Haushalte in der Stichprobe zu haben, um die Streuung der Vermögensbestände am oberen Rand der Verteilung adäquat abzubilden (non-observation bias).4 Zum anderen kommt hinzu, dass reiche Haushalte - sofern sie denn in der Stichprobe vorkommen – mit höherer Wahrscheinlichkeit die Teilnahme an der Befragung verweigern (non-response bias).⁵ Da beide Aspekte zu einer Unterschätzung der tatsächlichen Vermögensbestände und damit der potentiellen Steuereinnahmen führen würden, wird in dieser Arbeit mittels eines entsprechenden statistischen Verfahrens versucht, diese Verzerrungen zu kompensieren.

Datenlage, Ziele, Herausforderungen

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Zuerst wird in Abschnitt 2 ausführlich auf die Datengrundlage und die ursprünglichen Ergebnisse des HFCS eingegangen. Danach beschreibt Abschnitt 3 die Methode, die verwendet wird, um für die Untererfassung an der Spitze der Vermögensverteilung zu kompensieren. Abschnitt 4 bietet einen Überblick über die finalen Schätzergebnisse zu Bestand und Verteilung privater Vermögen in Österreich. In Abschnitt 5 werden die sich aus unterschiedlichen Vermögenssteuermodellen ergebenden Steueraufkommen sowohl auf Basis der originalen als auch der angepassten Daten berechnet. Abschnitt 6 bildet das Resümee.

2. Datengrundlage

Datengrundlage der vorliegenden Arbeit ist die mit Dezember 2016 veröffentliche zweite Welle des Household Finance and

Stichproben – Design und Methode Consumption Survey (HFCS) der EZB. Der Erhebungszeitraum hat sich im Fall von Österreich über neun Monate, von Juni 2014 bis Februar 2015, erstreckt. Die Erhebung erfolgte durch die Österreichische Nationalbank (OeNB) unter Mitarbeit des Instituts für empirische Sozialforschung (IFES). Die Stichprobe für Österreich umfasst 2.997 Beobachtungen und repräsentiert rund 3,9 Millionen Haushalte. Eine Beobachtung aus dieser Stichprobe entspricht einem Haushalt, dessen Vermögenswerte von einer KompetenzträgerIn⁶ im Laufe eines Interviews beschrieben worden sind

Trotz großer Sorgfalt bei der Erhebung dieser Daten besteht das Problem, dass die Repräsentativität für die obersten Vermögensschichten nicht ausreichend gegeben ist. Da, wie bereits erwähnt, Vermögen sehr stark konzentriert ist und daher sehr vermögende Haushalte selten in der Stichprobe aufscheinen (non-observation), sowie eher die Teilnahme verweigern (non-response), ist im HFCS eine realitätsgetreue Darstellung der reichsten Mitglieder der österreichischen Gesellschaft äußerst unwahrscheinlich. Es zeigt sich zudem gegenüber der ersten Welle des HFCS (2011), dass sich die Antwortrate (response-rate), also der Anteil von Personen, die an der Befragung teilgenommen haben, verringert hat. Gleichzeitig hat auch die Verweigerungsrate (refusal-rate), also der Anteil von Personen, die erfolgreich kontaktiert wurden, dann aber nicht an der Befragung teilgenommen bzw. es abgelehnt haben, Auskunft über ihre Vermögen zu geben, zugelegt (siehe Tabelle 1).

Antwortverweigerung

Tabelle 1: Eckdaten zur HFCS-Erhebung in Österreich – Welle I und Welle II

HFCS- Erhebung	Netto- stichprobe	repräsentierte Haushalte	Antwortrate	Veweigerungs- rate	Oversampling- rate der Top 10%
Welle I	2.380	3.773.956	55,7%	39,6%	1
Welle II	2.997	3.862.526	49,8%	44,1%	-7

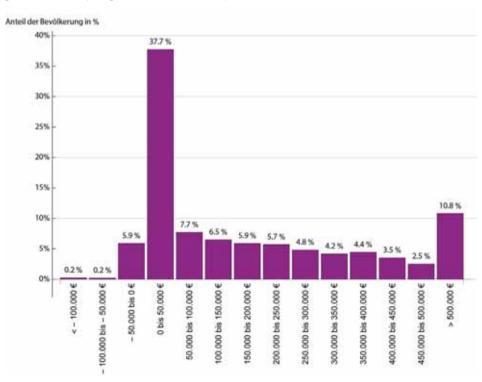
Quelle: ECB (2016: 35, 39, 43) und ECB (2013: 38, 41, 45). Die Oversamplingrate gibt an, inwieweit reiche Haushalte stärker oder schwächer in der Stichprobe repräsentiert sind als ihr relativer Anteil in der Gesellschaft. Für Welle II ist die Anzahl der Haushalte, die in der Umfrage die reichsten 10% bilden, um 7% niedriger als deren tatsächlicher Anteil an der Bevölkerung.

Dementsprechend besteht Grund zur Annahme, dass die vorliegenden Daten die Vermögen der reichsten ÖsterreicherInnen ungenügend erfassen – ein Umstand der zu einer Unterschätzung potentieller Steueraufkommen führen würde (siehe Ferschli et al. 2017a für eine detailliertere Darstellung). Dessen ungeachtet soll im Folgenden ein kurzer Überblick über die Ergebnisse aus den Originaldaten gegeben werden (siehe hierzu auch OeNB 2016). Dieser soll zum einen helfen, die Ergebnisse aus der später folgenden Hochschätzung besser einordnen zu können. Zum anderen dienen diese Werte in den späteren Berechnungen als eine Art untere Schwelle für die zu erwartende Steuerbasis.

tendenzielle "Unterschätzung" der Vermögen

Das aus den Originaldaten des HFCS II für Österreich geschätzte Nettogesamtvermögen beträgt 998 Mrd. Euro, was einem Durchschnittsvermögen von rund 265.000 Euro entspricht. Der Median liegt bei etwa 90.000 Euro.

Abbildung 1: Vermögensverteilung in Österreich nach Vermögensklassen (Originaldaten HFCS II)



Vermögensverteilung in Österreich Eine erste Darstellung der gemessenen Vermögensverteilung ordnet die beobachteten Haushalte zu unterschiedlichen Vermögensklassen zu. Abbildung 1 nimmt eine solche Zuordnung vor und zeigt die Verteilung der österreichischen Bevölkerung auf 14 derartige Vermögensklassen, wie sie aus der zweiten Welle des HFCS hervorgeht. Die Vermögensklassen beginnen bei -100.000 Euro, enden bei 500.000 Euro und umfassen eine Bandbreite von jeweils 50.000 Euro. Abbildung 1 zeigt, dass sich mehr als ein Drittel der österreichischen Bevölkerung in der Vermögensklasse von 0 bis 50.000 Euro wiederfindet (knapp 38%). Während knapp mehr als 10% der Bevölkerung ein Nettovermögen von über 500.000 Euro aufweisen, sind knapp über 6% der österreichischen Haushalte Netto-Schuldner, die offenen Schulden übersteigen in diesen Fällen also das verfügbare Vermögen.

oberer Rand der Verteilung schwer schätzbar Während die Darstellung nach Vermögensklassen einen guten Überblick über die Häufigkeitsverteilung der privaten Vermögenswerte unterhalb von 500.000 Euro bietet, lässt sie keine genauen Rückschlüsse auf den oberen Rand der Verteilung zu, da dieser in Abbildung 1 nur pauschal ausgewiesen ist. Die nachstehende Tabelle 2 hingegen zeigt das Gesamt- und Durchschnittsvermögen der obersten 5 Perzentile der Vermögensverteilung im Detail und lässt erkennen, dass unter jenen 10,8% der Haushalte mit einem Nettovermögen größer als 500.000 Euro eine erhebliche Variation besteht. Besonders markant ist hierbei der Unterschied zwischen dem 100. Perzentil und dem 99., mit einer Gesamtvermögensdifferenz von 192,2 Mrd. Euro.

Tabelle 2: Vermögensverteilung der obersten 5 Perzentile HFCS II (Originaldaten HFCS II)

Perzentil	Gesamtnettovermögen im Perzentil	Durchschnittsnettovermögen im Perzentil		
96	€33 Mrd.	€847.449		
97	€37,4 Mrd.	€980.399		
98	€47,1 Mrd.	€1,22 Mio.		
99	€62,4 Mrd.	€1,62 Mio.		
100	€254,5 Mrd.	€6,7 Mio.		

Nachstehend folgen zwei Darstellungen der inversen Verteilungsfunktion der österreichischen Vermögen. Diese zeigt, über welches Vermögen jener Haushalt verfügt, der reicher als x% aller anderen Haushalte ist. Grundsätzlich wird also das Verhältnis von Vermögen relativ zur Bevölkerung abgebildet. Dies erlaubt Aussagen folgendder Art: Die oberen 20% der Vermögensverteilung verfügen über ein Nettovermögen von mehr als 337.000 Euro.

Betrachtung Vermögen relativ zur Bevölkerung

Abbildung 2: Inverse Verteilungsfunktion der österreichischen Privatvermögen (Originaldaten HFCS II)

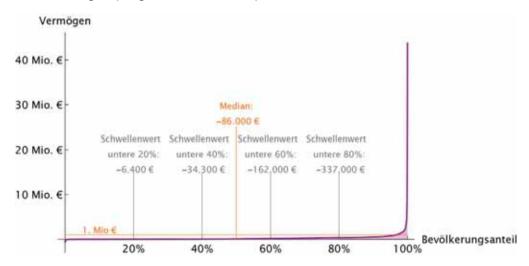
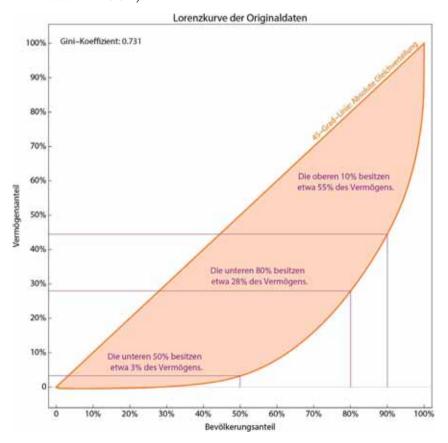


Abbildung 3 hingegen zeigt eine sogenannte Lorenzkurze, in der die Skalierung der Vermögen normalisiert wird – die inverse Verteilungsfunktion wird damit wesentlich übersichtlicher und leichter zu interpretieren. Die Lorenzkurve bildet auch die Grundlage für die Berechnung des Gini-Koeffizienten, der oftmals als Maß ökonomischer Ungleichheit einer Gesellschaft herangezogen wird. Der Gini-Koeffizient beschreibt den Unterschied zwischen einer hypothetischen Situation absoluter Gleichverteilung (grafisch repräsentiert durch die 45-Grad-Linie) und der realen Verteilungssituation. Die Fläche zwischen den beiden Linien repräsentiert das durch den Gini-Koeffizienten gemessene Ausmaß der Ungleichheit – je größer der Wert, desto größer ist demnach auch die gemessene ökonomische Ungleichheit. Der Gini-Koeffizient für Welle I der HFCS-Daten für Österreich lag dabei bei 0,76, der für Welle II bei 0,73. Die Vermögen in Österreich scheinen demnach

Betrachtung Vermögensverteilung mit normalisierter Skalierung in der zweiten Welle etwas gleichmäßiger verteilt als in der ersten Welle des HFCS. Aufgrund des Vergleiches der Struktur der Daten aus Welle I und II, speziell der fehlenden Beobachtungen an der Spitze der Daten, ist diese Einschätzung aber als unzuverlässig einzustufen (vgl. Ferschli et al. 2017a).

Abbildung 3: Lorenzkurve auf Basis der HFCS-Daten (Originaldaten HFCS II)



3. Schätzung von privaten Vermögenswerten

Nachdem die originalen Daten des HFCS den aktuellen Vermögensbestand unterschätzen, werden diese im Folgenden mittels eines statistischen Verfahrens angepasst. Ausgangspunkt hierfür bildet der Umstand, dass der obere Rand der Vermögensverteilung in industrialisierten Gesellschaften zumeist einer sogenannten

Pareto-Verteilung folgt. Die (kumulierte) Verteilungsfunktion einer Pareto-Verteilung lässt sich dabei folgendermaßen ausdrücken:

$$F(x) = \Pr(X \le x) = 1 - \left(\frac{m}{x}\right)^{\alpha} \ \forall \ x \ge m$$
 (1)

Hier steht x für das gemessene Nettovermögen eines Haushaltes. Der Parameter m ist der Schwellenwert, ab dem die Verteilung der Nettovermögen einer Pareto-Verteilung folgt. Der Formparameter ∂ das sogenannte "Pareto-Alpha") beschreibt schließlich die genaue Form dieser Verteilung.

Auf dieser Beobachtung aufbauend haben Eckerstorfer et al. (2013, 2016) eine Methode zur (partiellen) Schätzung des aufgrund von non-observation bias nicht abgebildeten Vermögens vorgeschlagen. In Eckerstorfer et al. führt die Schätzung nicht erfasster Vermögen reicher Haushalte auf Basis dieser Methode zu einer bedeutend realistischeren Schätzung des Gesamtvermögens. Die dort verwendeten Schritte des Schätzverfahrens lassen sich wie folgt zusammenfassen: Zuerst werden auf Basis der verfügbaren HFCS-Daten für zunehmend größere Abschnitte der nach Vermögen geordneten Daten Pareto-Verteilungsfunktionen geschätzt. Aus diesen Pareto-Verteilungen wird mithilfe einer Maxi-Min-Analyse der Teststatistiken eines Cramer-von-Mises-Tests (ein Test zur Überprüfung der Übereinstimmung zwischen der empirischen und der unterstellten Verteilungsfunktion) der Punkt gewählt, ab dem die zugrunde liegenden Daten am ehesten einer Pareto-Verteilung entsprechen. In einem nächsten Schritt werden alle enthaltenen Haushalte ab einem gewissen Schwellenwert (Haushalte mit mehr als 4.000.000 Euro Nettovermögen) entfernt, da die Vermögenswerte jenseits dieses Schwellenwertes als nicht repräsentativ für das tatsächliche Vermögen eingeschätzt werden. In einem letzten Schritt werden synthetische Haushalte auf Basis der zuvor geschätzten Pareto-Verteilung generiert, dem Datensatz hinzugefügt und das Vermögen neuerlich geschätzt.

Eine ähnliche Anpassungsmethode wurde von Vermeulen (2014) vorgeschlagen. Zentraler Unterschied zur Methode von Eckerstorfer et al. ist, dass Vermeulen Beobachtungen aus Reichenlisten in seine Schätzung integriert. Unter Reichenlisten sind die meist journalistisch zusammengetragenen Schätzungen der reichsten Haushalte/Personen in Volkswirtschaften zu verstehen. Die wohl

alternative Schätzverfahren

Bereinigung um nicht-repräsentative Haushalte Problematik journalistischer "Reichenlisten" bekannteste diesbezügliche Publikationsplattform ist das Magazin "Forbes". Die Verwendung von Reichenlisten adressiert direkt das Problem der non-observation, also das Fehlen der reichsten Haushalte in der Stichprobe. Reichenlisten weisen jedoch das Problem auf, dass sie zum einen auf den Schätzungen von Journalisten basieren, und zum anderen sind Vermögenswerte oft nicht sauber zwischen Individuen getrennt, sondern vielmehr ganzen Familien zugeordnet. Bedingt durch diese fundamental vom HFCS unterschiedliche Vorgehensweise verwendet Vermeulen einen anderen Schätzer für die Bestimmung des Pareto-Alphas. Während Eckerstorfer et al. auf einen Maximum-Likelihood-Schätzer zurückgreifen, verwendet Vermeulen einen OLS-basierten QQ-Schätzer (siehe Kratz und Resnick 1996). Großer Vorteil der Methode von Eckerstorfer et al. ist, dass sie im Gegensatz zu Vermeulen eine statistische Basis für die Wahl des Startpunkts der Pareto-Verteilung der oberen Vermögenswerte verwendet (der oben erwähnte Rückgriff auf den Cramer-von-Mises-Test in Verbindung mit Maxi-Min-Analyse) und so die Schätzung weiter präzisiert.

Datenkorrektur

rektur bildet die Methode von Eckerstorfer et al. (2013, 2016). Diese wird allerdings in einigen Punkten um Aspekte aus der von Vermeulen (2016) vorgeschlagenen Methode ergänzt. Zum einen wird die Schätzung unter Zuhilfenahme einer Reichenliste durchgeführt, was Konsequenzen für die Datengewichtung mit sich bringt. Aus der Nutzung der Reichenliste folgt weiters die Verwendung eines OLS-basierten QQ-Schätzers anstelle des ursprünglich verwendeten Quasi-Maximum-Likelihood-Schätzers (vgl. Ferschli et al. 2017a). Für die verwendete Reichenliste werden Daten des "Trend" (Bezugsjahr 2014; parallel zur Durchführung der Erhebung) zu den HFCS-Daten hinzugefügt und mit einem Gewicht von 1 versehen.⁷ Der Grund für diese Erweiterung der ursprünglich von Eckerstorfer et al. für die erste Welle des HFCS vorgeschlagenen Methode liegt in dem Umstand, dass die Datenqualität aufgrund von zunehmendem non-response bias (Antwortverweigerung reicher Haushalte) in der zweiten Welle abgenommen hat. Ferschli et al. (2017a, 2017b) demonstrieren anhand von Monte-Carlo-Simulationen, dass bei hohem nonresponse bias die Verwendung von QQ-Schätzer und Reichenlisten die Ergebnisse signifikant verbessern.

Ausgangspunkt für die in dieser Arbeit angewandte Datenkor-

Die Ergebnisse der so durchgeführten Schätzungen werden im folgenden Abschnitt näher beleuchtet. Für eine detaillierte Darstellung der Durchführung der Schätzung sowie der Berechnung der Konfidenzintervalle sei auf Ferschli et al. (2017a, 2017b) verwiesen.

4. Verteilungsstatistik auf Basis der angepassten Daten

Tabelle 3 liefert einen Überblick über die Ergebnisse aus den Originaldaten und jenen aus der Datenanpassung. Wie zu sehen ist, wächst der Stand des Gesamtvermögens um 319 Mrd. Euro, das Durchschnittsvermögen wächst um 83.000 Euro und der Anteil des obersten Prozents steigt von 25% auf 41%.

Datenanpassung verglichen mit Originalergebnissen

Tabelle 3: Schätzungsergebnisse

Vermögensschätzung	Originaldaten HFCS II	Pareto-Methode Daten HFCS II
Durchschnittsvermögen	258k	341k
Gesamtvermögen	998 Mrd.	1.317 Mrd.
Anteil Top 1%	25%	41%
Anteil Top 5%	43%	56%
Anteil Top 10%	56%	66%
Anteil Top 20%	72%	79%
Anteil unterste 50%	3,2%	2,5%
Anzahl MillionärInnen	129k	148k
Anzahl MilliardärInnen	0	35,8

In weiterer Folge werden nun die grafischen Darstellungen aus Kapitel 3 auf Basis der angepassten Vermögensdaten repliziert. Tabelle 4 zeigt die angepassten Werte für Gesamt- und Durchschnittsvermögen für die obersten fünf Perzentile. Hier wird deutlich, dass der überwiegende Teil des Zugewinns an Vermögen im obersten Perzentil auftritt, in dem sichder Vermögensbestand mehr als verdoppelt. Dahingegen sind die Auswirkungen auf die Ergebnisse für die restliche Bevölkerung eher gering. Ein Vergleich von Abbildung 4 und Abbildung 1 zeigt, dass sich die Verteilung der Haushalte in verschiedene Vermögensklassen kaum ändert, da der überwiegende Teil der Veränderung innerhalb der Klasse der Haushalte mit einem Nettovermögen < € 500.000 auftritt.

Die Lorenzkurve in Abbildung 5 zeigt wiederum eine signifikante Verschärfung der ökonomischen Ungleichheit durch die Anpassung der HFCS II-Daten.

Tabelle 4: Vermögensverteilung der obersten 5 Perzentile HFCS II – Schätzung

Verschärfung der ökonomischen Ungleichheit

Perzentil	Gesamtnettovermögen im Perzentil	Durchschnittsnetto- vermögen im Perzentil	
96	€35,2 Mrd.	€904.206	
97	€41,6 Mrd.	€1,07 Mio.	
98	€53,5 Mrd.	€1,39 Mio.	
99	€76,9 Mrd.	€2,01 Mio.	
100	€534 Mrd.	€14,05 Mio.	

Abbildung 4: Vermögensverteilung in Österreich nach Vermögensklassen (Schätzung)

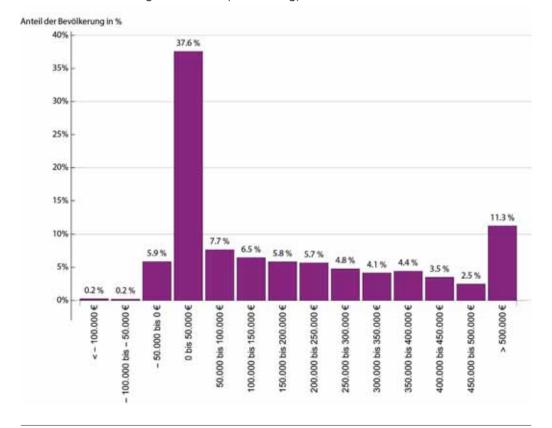
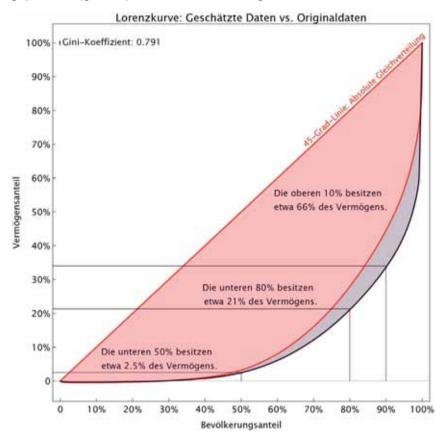


Abbildung 5: Lorenz-Kurve der originalen (hellgrauen) und angepassten (grauen) HFCS Daten im Vergleich



5. Aufkommenspotenzial einer allgemeinen Vermögenssteuer

Auf dieser Basis kann nun das Aufkommen einer allgemeinen Vermögenssteuer geschätzt werden. Für diese Berechnungen werden ausschließlich Haushalte als Steuersubjekte gewertet, jedoch wird das in Körperschaften gebundene Vermögen als Bestandteil des Privatvermögens der Haushalte berücksichtigt. Es werden im Folgenden sechs unterschiedliche Steuertarife auf Basis von vier unterschiedlichen Annahmekombinationen analysiert (vgl. Tabelle 5): Zuerst wird der jeweilige Tarif schlicht auf die unveränderten Originaldaten der HFCS II angewandt. Eine zweite Simulation liefert ein Schätzergebnis für den mithilfe der Pareto-Schätzung modifizierten Datensatz. Eine dritte und vierte Anwendung wiederholt die

Schätzung des Aufkommens einer allgemeinen Vermögenssteuer

Steueraufkommenspotenziale Schätzung auf Basis der modifizierten Daten, berücksichtigt aber Ausweicheffekte seitens der Steuersubiekte. Zur Quantifizierung dieser Effekte wurden in der entsprechenden Literatur etablierte Größen herangezogen (vgl. Bach und Beznoska 2012). Diese drücken aus, welcher Anteil der Bemessungsgrundlage sich der Besteuerung entzieht: Immobilienvermögen 20%, Finanzvermögen 24%, Firmenvermögen 13%, andere Vermögenswerte 100%.8 Schließlich wird in der letzten Variante untersucht, wie sich sehr starkes Ausweichverhalten auf die Aufkommensschätzung auswirkt. Zu diesem Zweck wird bei Finanz- und Firmenvermögen von den doppelten Werten von Bach und Beznoska (2012) ausgegangen (48% bzw. 26%). Dabei stehen im Nachfolgenden vor allem die errechneten Steueraufkommenspotenziale im Vordergrund - es können aber auch jederzeit alternative Indikatoren im Modell bestimmt werden (z.B. Anzahl der betroffenen Haushalte). Schließlich wird in Tabelle 5 auch die statistische Schwankungsbreite der oben besprochenen Schätzer angegeben (für Details hierzu siehe Ferschli et al. 2017a, Kapitel 6.1 und 7).

lineare vs. progressive Tarife

Bei den ersten beiden simulierten Tarifen handelt es sich um lineare Steuermodelle mit einer Freigrenze von 500.000 Euro (was in etwa eine Besteuerung des reichsten Dezils bedeuten würde) in Modell I und 1 Million Euro in Modell II. Der Steuersatz beträgt jeweils 1%. Bei den anderen vier Modellen handelt es sich um progressive Tarife. Das erste dieser Modelle besteht aus einem zweistufigen Steuertarif mit einem Freibetrag von 1 Million Euro und eher niedrigen Steuersätzen (0,3% zwischen 1 und 2 Millionen, darüber 0,7%). Die verbleibenden Tarife sind jeweils dreistufig: Variante II hat einen Freibetrag von 700.000 Euro (Steuersätze: 700.000 - 1 Million: 0,5%; 1 – 2 Millionen: 1%; >3 Millionen: 1,5%) und Variante III von 1 Million Euro (Steuersätze: 1 - 2 Millionen: 0.7%; 2 - 3 Millionen: 1%; > 3 Millionen: 1,5%). Variante IV besteht schließlich aus einem Steuermodell, bei dem das Ausmaß der Besteuerung mit steigendem Vermögen überproportional ansteigt. Im Detail sieht dieser Tarif einen Freibetrag bis 2 Millionen Euro vor – ab diesem Punkt würde ein Steuersatz von 1% (bis 10 Millionen), 1,5% (zwischen 10 und 100 Millionen) bzw. 4% (ab 100 Millionen) schlagend werden. Ein letzter Tarif zeigt den Fall eines Freibetrags von 1 Million Euro, einem Steuersatz von 0,5% zwischen 1 und 10 Millionen und 1% für Vermögen > 10 Millionen Euro. Die nachstehende Tabelle 5

zeigt die geschätzten Steueraufkommen unter Berücksichtigung der hier angenommenen Freibeträge und Steuersätze.

Tabelle 5: Geschätzte Aufkommen einer allgemeinen Vermögenssteuer

	Original- daten	Modifizierte Daten	Modifizierte Daten und Ausweicheffekte	Modifizierte Daten und starke Ausweicheffekte
Lineares Modell I Freibetrag: 500.000 € Steuersatz: 1%	3.6 Mrd.	6.7 Mrd. (5.4 - 9.5 Mrd.)	5 Mrd. (3.9 - 7.3 Mrd.)	4.5 Mrd. (3.5 - 6.6 Mrd.)
Lineares Modell II Freibetrag: 1 Million € Steuersatz: 1%	2.5 Mrd.	5.5 Mrd. (4.2 - 8.3 Mrd.)	4.2 Mrd. (3.2 - 6.5 Mrd.)	3.8 Mrd. (2.8 - 5.8 Mrd.)
Progressive Steuer I Freibetrag: 1 Million € Steuersatz: 1-2 Millionen: 0,3% > 2 Millionen: 0,7%	1.5 Mrd.	3.5 Mrd. (2.6 - 5.4 Mrd.)	2.7 Mrd. (2.0 - 4.2 Mrd.)	2.4 Mrd. (1.8 - 3.8 Mrd.)
Progressive Steuer II Freibetrag: 700.000 € Steuersatz: 700.000-2 Mill.: 0,5% 2-3 Millionen: 1% > 3 Millionen: 1,5%	3.2 Mrd.	7.5 Mrd. (5.5 - 11.5 Mrd.)	5.7 Mrd. (4.2 - 8.9 Mrd.)	5.1 Mrd. (3.7 - 8.1 Mrd.)
Progressive Steuer III Freibetrag: 1 Million € Steuersatz: 1-2 Millionen; 0,7% 2-3 Millionen; 1% > 3 Millionen: 1,5%	3 Mrd.	7.4 Mrd. (5.4 - 11.4 Mrd.)	5.7 Mrd. (4.1 - 8.9 Mrd.)	5.1 Mrd. (3.7 - 8.0 Mrd.)
Progressive Steuer IV Freibetrag: 2 Millionen € Steuersatz: 2-10 Millionen: 1% 10-100 Millionen: 1,5% > 100 Millionen: 4%	2 Mrd.	8.3 Mrd. (5.5 - 14.8 Mrd.)	6.3 Mrd. (4.1 - 11.3 Mrd.)	5.6 Mrd. (3.6 - 10.1 Mrd.)
Progressive Steuer V Freibetrag: 1 Millionen € Steuersatz: 1-10 Millionen: 0,5% > 10 Millionen: 1%	1.7 Mrd.	4.2 Mrd. (3.0 - 6.6 Mrd.)	3.2 Mrd. (2.3 - 5.2 Mrd.)	2.9 Mrd. (2.0 - 4.7 Mrd.)

6. Resümee

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, das Aufkommenspotenzial einer Vermögenssteuer für Österreich zu berechnen. Hierfür war es notwendig, die Untererfassung reicher Haushalte in der zweiten Welle des HFCS unter der Annahme einer Pareto-Verteilung für den oberen Rand der Vermögensverteilung zu korrigieren und damit eine realistischere Darstellung der Bestände und Verteilung privater Vermögen in Österreich zu liefern. Auf Basis der angepassten Daten ergibt sich ein gesamter Nettovermögensbestand von 1,317 Mrd. Euro verglichen mit einem Wert von 998 Mrd. Euro aus den Originaldaten. Dieser Unterschied entspricht einem Anstieg des Durchschnittsvermögens um 81.000 Euro (von 258,000 Euro auf 339,000 Euro). Der Anteil der reichsten 1% der Haushalte am österreichischen Gesamtvermögen steigt dadurch von 25% auf 41%.

Potenzial eines erheblichen Anteils des österreichischen Steueraufkommens Auf Basis dieser Werte sowie der Werte aus den Originaldaten wurde schließlich das Aufkommen verschiedener Modelle einer allgemeinen Vermögenssteuer geschätzt. Mit der Progression des Steuermodells schwankt das geschätzte Aufkommen zwischen 1,5 Mrd. Euro und 3,6 Mrd. Euro, wenn kein Versuch unternommen wird, für die Untererfassung an der Spitze zu kompensieren. Bei Einbeziehung der in Abschnitt 4 geschätzten Vermögenswerte schwankt das geschätzte Aufkommen hingegen zwischen 2,9 Mrd. Euro und 8,3 Mrd. Euro, je nachdem, welcher Steuertarif verwendet wird und welche Annahmen über ein mögliches Ausweichverhalten getroffen werden. Obwohl alle Schätzwerte zusätzlich einer nicht unwesentlichen statistischen Schwankungsbreite unterliegen, zeigen die Ergebnisse, dass eine allgemeine Vermögenssteuer das Potenzial hat, einen erheblichen Anteil zum Steueraufkommen in Österreich beizutragen.

Anmerkungen

- Eine Ausführliche Version der Studie ist in Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 167/2017 erschienen. Der spezielle Dank der Autoren gilt Stefan Steinerberger für seine wertvollen Hinweise im Rahmen der Erstellung dieser Arbeit.
- 2. Siehe dazu OECD Revenue Statistic (2017). Für eine Diskussion siehe Kapeller et al. (2017).
- Siehe hierzu auch Eckerstorfer et al. (2014), welche mit einer sehr ähnlichen Methode Steueraufkommen auf Basis der HFCS-Daten für 2011 berechnen.
- 4. Siehe dazu Avery et al. (1986), Kennickell (2005) oder Eckerstorfer et al. (2016).

- Siehe dazu D'Alessio und Faiella (2002), Kennickell (2008), Kennickell und McManus (1993), OeNB (2016), Osier (2016) oder Singer (2006).
- 6. Als KompetenzträgerIn wird jene Person bezeichnet, die aus Sicht der Haushaltsmitglieder die beste Kenntnis über die Haushaltsfinanzen, also Verbindlichkeiten, Vermögen, Einkommen und Ausgaben des Haushalts, hat. Diese Person beantwortete alle Fragen, die sich auf den gesamten Haushalt beziehen.
- An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass in der Trend-Reichenliste Familienclans angeführt werden, die vor der Verwendung in einzelne Haushalte gespalten werden. Es ergeben sich dabei sieben zusätzliche Haushalte. Siehe dazu auch den Online-Appendix von Eckerstorfer et al. (2016).
- 8. Hier wird angenommen, dass die relative Bedeutung der einzelnen Vermögenskomponenten im Bereich der mit Hilfe der Pareto-Verteilung neu geschätzten Vermögen am obersten Rand der relativen Bedeutung dieser Komponenten in jenen beobachteten Haushalten entspricht, die im Zuge der Vermögensschätzung aus dem Datensatz entfernt werden.

Literatur

- Avery, R. / Elliehausen, G. / Kennickell, A. (1986): Measuring Wealth with Survey data: An Evaluation of the 1983 Survey of Consumer Finances. Review of Income and Wealth, 34(4), S. 339-369.
- Bach, S. / Beznoska, M. (2012): Aufkommens- und Verteilungswirkung einer Wiederbelebung der Vermögenssteuer. DIW: Politikberatung Kompakt 68, Berlin
- Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. in: Kreckl, R. (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen, S. 183ff.
- Clauset, A. / Shalizi, C. / Newman, M. (2009): Power-Law Distributions in Empirical Data. SIAM Review, 51(4), S. 661-703.
- D'Alessio, G. / Faiella, I. (2002): Non-response behaviour in the Bank of Italy's Survey of Household Income and Wealth, No 462, Temi di discussione (Economic working papers), Bank of Italy, Economic Research and International Relations Area
- Eckerstorfer, P. / Halak, J. / Kapeller, J. / Schütz, B. / Springholz, F. / R. Wildauer(2016): Correcting for the Missing Rich: An Application to Wealth Survey Data. Review of Income and Wealth, 62(4), S. 605-627.
- Eckerstorfer, P. / Halak, J. / Kapeller, J. / Schütz, B. / Wildauer, R. (2013): Bestände und Verteilung der Vermögen in Österreich. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, 122, S. 1-49.
- Eckerstorfer, P. / Halak, J. / Kapeller, J. / Schütz, B. / Wildauer, R. (2014):
 Die Vermögensverteilung in Österreich und das Aufkommenspotenzial einer Vermögenssteuer. Wirtschaft und Gesellschaft, 40(1), S. 63-81.
- Ferschli, B. / Kapeller, J. / Schütz, B. / Wildauer, R. (2017a): Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 167
- Ferschli, B. / Kapeller, J. / Schütz, B. / Wildauer, R. (2017b): Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich, erscheinend in Wirtschaft und Gesellschaft
- Guttmann, R. / Plihon, D. (2010): Consumer debt and financial fragility. International Review of Applied Economics, 24(3), S. 269-283.
- Kapeller, J. / Schütz, B. / Springholz, F. (2017): Internationale Tendenzen und Potentiale der Vermögensbesteuerung. In Dimmel, N. / Hofmann, J. / Schenk, M. / Schürz, M. (Hrsg.): Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung. Innsbruck, Wien, Bozen: Studienverlag.
- Kennickell, A.B. (2005): The Good Shepherd: Sample Design and Control for Wealth Measurement in the Survey of Consumer Finances. Luxembourg Wealth

- Study Conference.
- Kennickell, A.B. (2008): The Role of Over-sampling of the Wealthy in the Survey of Consumer Finances. Irving Fisher Committee Bulletin, (28), S. 403-408.
- Kennickell, A. / McManus, D. (1993): Sampling for Household Financial Characteristics Using Frame Information on Past Income. Paper presented at the 1993 Joint Statistical Meetings, Atlanta.
- Kratz, M. / Resnick, S. I. (1996): The qq-estimator and heavy tails. Communications in Statistics. Stochastic Models, 12(4), S. 699-724.
- Österreichische Nationalbank (2016): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2014: Erste Ergebnisse für Österreich (zweite Welle). Available at: https://www.hfcs.at/dam/jcr:f1c6641e-f691-426b-a690-1da5cbf0203d/HFCS%20Erste%20Ergebnisse%20Juni_16-screen.pdf [accessed: 28 October 2017].
- Osier, G. (2016): Unit non-response in household wealth surveys. Experience from the Eurosystem's Household Finance and Consumption Survey. Statistics Paper Series. No 15/2016.
- Piketty, T. (2014): Capital in the twenty-first century. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.
- Rigney, D. (2010): The Matthew effect. New York: Columbia University Press.
- Stiglitz, J. (2012): The Price of Inequality: How Today's Divided Society Endangers Our Future. New York: W.W. Norton.
- Vermeulen, P. (2014): How fat is the top tail of the wealth distribution? ECB-Working Paper Series, (1692).
- Vermeulen, P. (2016): Estimating the Top Tail of the Wealth Distribution. American Economic Review, 106(5), S. 646-650.